



Ansprechpartner/in Hermann Fröhlingsdorf  
Telefon 02261 7010301  
Telefax 02261 7010222  
E-Mail Hermann.Froehlingsdorf@wald-und-holz.nrw.de

Datum 03.02.2021  
Aktenzeichen (bei Rückfragen bitte angeben!)  
300-11-63-206

## Öffentliche Bekanntgabe

des Ergebnisses der *allgemeinen* Vorprüfung mit der Feststellung,  
dass nach den §§ 6 bis 14 für das Vorhaben eine  
Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) nicht besteht.

Die Feststellung trifft das Regionalforstamt Bergisches Land auf Antrag zur Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart nach §§ 39 und 40 Landesforstgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LFoG NRW):

### Antrag auf Waldumwandlung

in der Stadt:	Waldbröl
Kreis:	Oberbergischer
Gemarkung:	Waldbröl
Flur/e:	30
Flurstück/e:	45
mit einer Größe von:	4.500 m <sup>2</sup>

zur Änderung der Nutzungsart in:

### Kompensationsfläche/n

in der Gemeinde:	Waldbröl
Kreis:	Oberbergischer
Gemarkung:	Schnörringen
Flur/e:	10
Flurstück/e:	119
mit einer Größe von:	4.500 m <sup>2</sup>

Dieses Vorhaben fällt unter die im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Anlage 1 unter Nr. 17.1 bzw. 17.2 als „Erstaufforstung“ bzw. „Rodung von Wald zum Zwecke der Umwandlung in eine andere Nutzungsart“ bezeichneten Vorhaben.

Gemäß § 7 UVPG, ist in einer standortbezogenen bzw. allgemeinen Vorprüfung zu prüfen, ob die Vorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß §§ 6 bis 14 UVPG unterzogen werden müssen.

Nach Prüfung der Antragsunterlagen zu diesem Vorhaben einschließlich der geeigneten Angaben des Vorhabenträgers gem. § 7 Abs. 4 UVPG wurde entschieden, dass für das o. g. Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, da erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen aufgrund der Merkmale des Vorhabens, des Standortes des Vorhabens und der Art und Merkmale möglicher Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter nicht zu erwarten sind.

Die Feststellung wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG vom 03.02.2021 bis 24.02.2021 öffentlich bekannt gegeben.

Die wesentlichen Gründe nach § 5 Abs. 2 UVPG für das Nicht-Bestehen der UVP-Pflicht unter Hinweis auf die jeweils einschlägigen Kriterien nach Anlage 3 sind der nachstehenden Gesamteinschätzung zur *allgemeinen* Vorprüfung zu entnehmen: Die Flächengröße übersteigt keine Schwellenwerte, die eine weitere Untersuchung notwendig machen.

Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist die Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag

gez.

Frühlingsdorf